

Ressort: Politik

Lafontaine fordert konsequente Steuerung der Zuwanderung

Berlin, 06.02.2017, 04:00 Uhr

GDN - Oskar Lafontaine, Spitzenkandidat und Fraktionschef der Linken im Saarland, hat sich für eine konsequente Steuerung der Zuwanderung ausgesprochen. Letztlich müsse "der Staat darüber entscheiden können, wen er aufnimmt. Das ist nun mal die Grundlage staatlicher Ordnung", sagte Lafontaine der "Welt".

"Wer illegal über die Grenze gekommen ist, der sollte ein Angebot bekommen, freiwillig zurückzugehen. Wenn er dieses Angebot nicht annimmt, bleibt nur die Abschiebung." Lafontaine forderte eine Debatte über Migration in seiner Partei. Er rief die Linke zum Nachdenken auf, "warum so viele Arbeiter und Arbeitslose AfD wählen, obwohl diese Partei Lohnrückerei und Rentenkürzung im Programm hat. Wir dürfen es nicht rechten Parteien überlassen, die Probleme der Lohn- und Mietkonkurrenz anzusprechen". Der frühere Bundesvorsitzende von Linkspartei und SPD sagte: "Die Einwanderungsfrage ist vor allem eine soziale Frage - für die, die kommen und für die, die schon hier leben. Sie ist eine nicht geklärte Frage innerhalb der Programmatik der Linken", sagte Lafontaine. Der Soziologe Colin Crouch habe "darauf hingewiesen, dass der Ruf nach offenen Grenzen eine zentrale Forderung des Neoliberalismus ist". Unternehmer befürworteten "freizügigen Personenverkehr, um in den Entwicklungsländern qualifizierte Arbeitskräfte abzuwerben und durch verstärkte Zuwanderung die Lohnkonkurrenz zu verschärfen", sagte Lafontaine. Mit einem "streng kontrollierten höheren Mindestlohn, mit der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und mit mehr sozialem Wohnungsbau könnte die Lohn- und Wohnungskonkurrenz abgeschwächt werden." Der Linke-Politiker sagte: "Der Imperativ der sozialen Gerechtigkeit muss auch bei der Migration gelten. Wir müssen zuerst denen helfen, denen es am schlechtesten geht." Das seien "die Millionen Flüchtlinge in den Lagern im Vorderen Orient und die Menschen, die in Afrika an Hunger sterben und keine Chance haben, nach Deutschland zu kommen, auch weil sie die 7.000 Euro für die Schlepper nicht bezahlen können".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-84912/lafontaine-fordert-konsequente-steuerung-der-zuwanderung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com